

12/1994

Die Alternative ist klar:

Fortsetzung der Koalition der Mitte oder Rot-Grün

Nach der Empfehlung des FDP-Präsidiums am 11. April, die Regierungskoalition mit der CDU/CSU fortzusetzen, sieht Generalsekretär Peter Hintze die politische Alternative geklärt: Fortsetzung der Koalition der Mitte oder Rot-Grün.

Für die SPD und ihren Spitzenkandidaten Scharping bleibe deshalb nur noch die Möglichkeit, gemeinsam mit den Grünen anzutreten. Hintze: Der SPD-Vorsitzende kann sich sein Koalitionsversteckspiel sparen.

Auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus berichtete der Generalsekretär über die Ergebnisse

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● Treuhand

1 505 892 Arbeitsplätze garantiert und 187,9 Milliarden Mark Investitionen zugesagt. Seite 4

● Arbeitsmarkt

Die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Blüm: Aufatmen. Seite 6

● Sozialdemokraten

Die Steuerpläne der SPD: 7 174 DM mehr pro Jahr. Seite 7

● Kommunen

Horst Waffenschmidt: Erfolge für die Städte. Seite 8



Generalsekretär Peter Hintze: Dieses erste Großflächenplakat im Europa-Wahlkampf, das ab Mitte Mai auf 4.000 Großflächen bundesweit geklebt wird, ist ein Plakat, das die wichtigste Aufgabe der Europäischen Union anspricht, nämlich die Bewahrung der inneren und äußeren Sicherheit. Die weitere Plakatierung wird Wirtschaft und Arbeitsplätze und die Tatsache thematisieren, daß die CDU als die deutsche Europa-Partei die deutschen Interessen in Europa am wirksamsten vertritt.

Das neue Wirtschaftskonzept der CDU trägt erste Früchte

Fortsetzung von Seite 1

nisse der Beratungen im Bundesvorstand der CDU am selben Tag und zitierte den Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, der seinen ausführlichen Bericht zur wirtschaftlichen Lage mit der Feststellung zusammenfaßte: Das neue Wirtschaftskonzept der CDU trägt erste Früchte.

Aufschwungtendenzen seien deutlich sichtbar: Inflationsrate im März auf 3,2 Prozent gesunken, Auslandsnachfrage steigend, zu erwartendes reales Wachstum in diesem Jahr von bis zu einem Prozent in den westlichen Bundesländern, von sechs bis acht Prozent in den neuen Ländern.

Die Konjunkturlokomotive Wohnungsbau stehe kräftig unter Dampf. Hintze: In diesem Jahr erwarten wir, daß 500.000 neue Wohnungen fertiggestellt werden — nach 400.000 neuen Wohnungen im vergangenen Jahr: zwei Höchstzahlen nach Jahrzehnten.

Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Festigung des Wirtschaftsstandorts Deutschland waren richtig; der wirtschaftspolitische Kurs, der auf Stärkung der Wirtschaftskräfte setzt, erweist sich als erfolgreich.

Zu den weiteren Themen der Beratungen im Bundesvorstand erklärte der Generalsekretär:

● Zu den Ausschreitungen militanter Kurden:

Der Bundesvorstand hat sich für eine zügige Abschiebung gewalttätiger Ausländer ausgesprochen. Daß man politische Überzeugungen und das Eintreten

für Menschenrechte mit Erfolg auch friedlich durchführen kann, haben Tausende von Bosniern bei ihrer Demonstration am 10. April in Bonn bewiesen. Wir fordern deshalb alle Menschen auf, die für ihre politische Überzeugung eintreten, dies ebenfalls mit friedlichen Mitteln zu tun. Wer das Recht, in unserem Land zu leben, dadurch mißbraucht, daß er hier gewalttätig auftritt, verwirkt dieses Recht.

● Zum Eichel/Rau-Vorschlag, den nationalen Feiertag am 3. Oktober abzuschaffen bzw. auf einen Sonntag zu fixieren:

Der CDU-Bundesvorstand hält am 3. Oktober als nationalem Feiertag fest. Wir werden nicht zulassen, daß der Tag der Wiedervereinigung Deutschlands auf eine Fußnote der Geschichte reduziert wird. Mit uns ist ein solcher Vorschlag nicht zu verwirklichen.

● Zum militärischen Einsatz im ehemaligen Jugoslawien:

Die CDU unterstützt die Vereinigten Staaten und die NATO bei der Sicherung der UNO-Schutzzone in Gorazde. Herr Scharping hat in den Vereinigten Staaten Gelegenheit, endlich in Sachen Bündnis, UNO und internationaler Friedenseinsätze Farbe zu bekennen. Wir hoffen, daß er die Differenzen zwischen dem, was er in den letzten Tagen gesagt hat und was Inhalt der Beschlüsse und Verlautbarungen aus der SPD zu dieser Frage ist, auflöst.

● Zum Europa-Wahlkampf:

Wir werden den Europa-Wahlkampf mit einer Großkundgebung am 7. Mai in Aachen mit dem Parteivorsitzenden, Bun-

deskanzler Helmut Kohl, als Hauptredner eröffnen.

Das erste Großflächenplakat im Europawahlkampf, das ab Mitte Mai auf 4.000 Großflächen bundesweit geklebt wird, ist ein Plakat, das die wichtigste Aufgabe der Europäischen Union anspricht, nämlich die Bewahrung der inneren und äußeren Sicherheit.

Die weitere Plakatierung wird Wirtschaft und Arbeitsplätze und die Tatsache thematisieren, daß die CDU als die deutsche Europapartei die deutschen Interessen in Europa am wirksamsten vertritt.

Im Europa-Wahlkampf selbst setzen wir auf das Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern. Motto: Gespräche statt Materialschlacht.

Dazu zwei Beispiele aus unseren konkreten Maßnahmenplanungen: In den neuen Ländern werden wir über eine Gesprächsinitiative Ost 400.000 Gesprächskontakte knüpfen. Die Aktion wird in den Landeshauptstädten eröffnet und von sieben hauptamtlichen Teams sowie etwa 1.000 Kommunalkandidaten in den neuen Ländern unterstützt.

Auch in unseren Fernsehspots wird das Prinzip der Interaktion angelegt sein. Das heißt: wir wollen nicht nur vorstellen, wofür wir politisch eintreten, sondern auch die Wählerinnen und Wähler zum Gespräch einladen.

Die CDU wird daher ab Mai, wenn wir mit den Fernsehspots beginnen, bundesweit die Telefonrufnummer „1994“ schalten, über die Wählerinnen und Wähler uns über den Termin der Europa-Wahl am 12. Juni hinaus bis zum Tag der Bundestags-Wahl am 16. Oktober erreichen können.

Hauptgegner im Europa-Wahlkampf sind die Sozialdemokraten. Wir werden aufzeigen, welche fatale Folgen eine sozialistische Mehrheit im Europäischen Parlament hätte — im Blick auf Kostenaufblähung, Zentralismus, was den Einfluß auf die zukünftige Kommissionsbesetzung betrifft, und im Blick auf den Haushalt.

Vor allem aber werden wir in diesem Wahlkampf positiv aufzeigen, was Europa für uns bedeutet: eine starke Gemeinschaft, die uns den Frieden in Freiheit auf Dauer sichert.

Kommentar: Für manche peinlich

Für manche Leute ist der 3. Oktober ein peinliches Datum. An diesem Tag des Jahres 1990 trat etwas ein, was sie nicht wollten: die deutsche Einheit. Jene Leute sind nicht Verlierer, aber Blamierte. Dessen müssen sie jetzt Jahr für Jahr gedenken. Das schmerzt. Lindenerung für die durchs Nationale verursachten Schmerzen verspricht das Soziale in Gestalt der Pflegeversicherung.

Der hessische Ministerpräsident Eichel vermag im 3. Oktober nur ein „juristi-

sches Datum“ zu erkennen und schlägt vor, den Nationalfeiertag der Pflegeversicherung zu opfern. Die Einheit könne ja am ersten Sonntag des Monats gefeiert werden. Das fügt den zahlreichen Grotesken, die es in der Diskussion um die Pflegeversicherung gab, eine weitere hinzu. Doch ist zu fürchten, daß in diesem Vorschlag mehr zum Ausdruck kommt: die beharrliche Weigerung eines Teils der politischen Klasse, in der Gegenwart anzukommen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

1.505.892 Arbeitsplätze garantiert, 187,9 Mrd. DM Investitionen zugesagt

Die Arbeit der Treuhandanstalt ist nun fast beendet. Es war eine harte und manchmal auch undankbare Aufgabe für die zeitweilig „größte Firma der Welt“, den DDR-Staatsbesitz in die Soziale Marktwirtschaft zu überführen.

Soll und Haben der DDR-Wirtschaft

40 Jahre sozialistische Plan- und Mißwirtschaft hatten deutliche Spuren hinterlassen. Das Produktivitätsniveau der ostdeutschen Wirtschaft blieb immer weiter hinter dem westdeutschen Niveau zurück. Der Maschinenpark war in weiten Teilen veraltet und unbrauchbar, die Infrastruktur unzureichend und mangelhaft. Ein Großteil der Produktpalette war am Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig, die Produktion einseitig auf die früheren RGW-Staaten zugeschnitten. Auf der Haben-seite der DDR-Wirtschaft standen — und stehen auch heute noch — die gut ausgebildeten Beschäftigten. Nur ihrer Findigkeit und ihrer Kreativität war es zu verdanken, daß der Zusammenbruch nicht schon viel eher erfolgte.

Modrows falsche Rechnung

Unter der Regierung von DDR-Ministerpräsident Hans Modrow wurde die Treuhandanstalt am 1. März 1990 gegründet. Doch der SED-Parteigenosse machte falsche Angaben über den wahren Zustand der 8.000 Kombinate und VEBs. Damals tönte er vollmundig: „Die DDR bringt ein Vermögen von 600 Milliarden DM in die deutsch-deutsche Ehe ein.“

Bei näherer Prüfung schmolz das Volksvermögen jedoch dahin. Unter dem

Strich besaß die Treuhand noch viel weniger als Nichts — genau genommen hatte sie 250 Milliarden DM Schulden. Dies entspricht fast der Hälfte des gesamten Bundeshaushalts. Die Ursachen:

- Die DDR-Regierung drückte den Betrieben Schulden auf, um den Staatshaushalt in Ordnung zu halten. Diese Schulden mußte die Treuhand tilgen.
- Die Treuhand mußte die ökologischen Altlasten übernehmen.
- Die Treuhand konnte viele Betriebe erst nach großen Zugeständnissen und mit hohen Verlusten verkaufen, weil Maschinen und Produkte zum Teil hoffnungslos veraltet waren.

Viele Vorurteile

Oft wird der Treuhand vorgeworfen, sie habe zu schnell und zu voreilig privatisiert, zu wenig saniert und dadurch zahlreiche Arbeitsplätze gefährdet. Dies stimmt nicht. Denn nur über Privatisierung läßt sich eine wettbewerbsfähige Industrie entwickeln. Außerdem hat die Treuhand allein bis Ende 1992 für die Sanierung ihrer Unternehmen 120 Milliarden DM angewendet:

- für die Übernahme von Altschulden,
- für Finanzhilfen,
- für Darlehen und Bürgschaften.

Wahlkampf-Argumente



100.000. Opel in Eisenach vom Band gerollt

Der 100.000. in Thüringen produzierte Opel ist in Eisenach vom Band gerollt. Seit der Inbetriebnahme des rund eine Milliarde DM teuren Opel-Montagewerkes im September 1992 wurden 16.500 Kompaktklasswagen Astra und 68.500 Kleinwagen Corsa in der Opel Eisenach GmbH montiert.

Nachdem mit der Einführung der dritten Schicht 1993 die Aufbauphase abgeschlossen wurde, sollen 1994 im modernsten Werk der Adam Opel AG (Rüsselsheim) mit derzeit 1.850 Mitarbeitern insgesamt 125.000 Autos gefertigt werden.

Boom in Sachsen

Der Gründungsboom von Unternehmen hält in Sachsen weiter an. Im Januar 1994 wurden 5.487 neue Gewerbe angemeldet, teilte das sächsische Wirtschaftsministerium mit. Damit seien seit Anfang 1990 rund 179.500 Betriebe neu gegründet wor-

den. Besonders expansiv entwickelte sich das Handwerk, wo insbesondere im Bau- und Ausbaugewerbe Beschäftigtenzahl und Umsatz ansteigen und es zu zahlreichen Neugründungen kam. Mit rund 5,7 Milliarden DM wurde die sächsische Wirtschaft seit der Wende gefördert, so die Studie. Damit seien 5.780 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von rund 31,2 Milliarden DM realisiert und 127.509 Arbeitsplätze neu geschaffen worden.

Nachrichten

aus den

neuen Ländern

Kommentar:

Der Aufschwung hat längst begonnen

Die Deutschen sind ... gut gepolstert. Auf hohem Niveau wird nochmal kräftig zugelegt, koste es, was es wolle. Und dennoch: Fast vier Millionen statistische und tatsächliche Arbeitslose, in Sachsen-Anhalt der Rekord mit knapp 20 Pro-

zent, aber kaum Armut, auch wenn die immerschlaunen Medien und viele Politiker unverdrossen das graue Bild des deutschen Elends und des schleichenden Niedergangs zeichnen.

Die Wirklichkeit ist anders, doch sie wird verzerrt und oft einseitig dargestellt. In Leipzig und im Zentrum Berlins, in Erfurt und in Dresden sind die größten Baustellen Europas.

Allein die Leipziger Messe vergibt Tag für Tag eine satte Million DM Aufträge, insgesamt 1,3 Milliarden. Ist das nichts? Hier werden die Bausteine für die Zukunft gelegt.

Der Aufschwung hat längst begonnen. Er ist in voller Fahrt. Es gibt schon hier und dort die „blühenden Landschaften“, natürlich nicht überall, aber in immer mehr Regionen der jungen Länder, auch wenn der Begriff pausenlos verächtlich gemacht wird, nur weil ihn Helmut Kohl in der ersten Freude über die Einheit geprägt hat.

Jens Feddersen in den Westfälischen Nachrichten vom 2. April

Erfolgsbilanz der Treuhand

Bis Januar 1994 hat die Treuhandanstalt insgesamt 13 836 Unternehmen privatisiert. Dazu zählen:

- 5.914 Unternehmen
- 7.485 Unternehmensteile
- 437 Bergwerksrechte.

Außerdem wurden 19.956 Liegenschaften, 33.597 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, 2.163 ha forstwirtschaftliche Fläche vermittelt.

Die Käufer garantieren 1.505.892 Arbeitsplätze. Fest zugesagt wurden überdies Investitionen in Höhe von 187,9 Milliarden DM.

2.400 Privatisierungen gehen auf den Verkauf von Unternehmen an Belegschaftsmitglieder, sogenannte Management-Buy-Outs, zurück. Damit wurde der Aufbau eines eigenständigen ostdeutschen Mittelstandes erheblich vorangebracht. Zur Zeit befinden sich noch 243 Unternehmen, die 100.000 Mitarbeiter beschäftigen, in Treuhandbesitz. ■

Die Zahl der Arbeitslosen sinkt

Der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven, hat die neuesten Arbeitsmarktdaten als eindeutigen Beweis für die Richtigkeit der politischen Maßnahmen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewertet. Schon kurz nach einer wirtschaftlichen Belebung unterschreitet die Zahl der Arbeitslosen wieder die 4-Millionengrenze.

Obwohl im März arbeitsmarktpolitische Instrumente wie AB-Maßnahmen, Kurzarbeit und berufliche Qualifizierung gegenüber dem Vormonat um 40.000 verringert wurden, sank die Zahl der

Arbeitslosen in den alten Bundesländern um 102.000 und in den neuen Bundesländern um 40.000. Bemerkenswert ist die überaus positive Entwicklung in den neuen Bundesländern.

Dort hat es 29 Prozent mehr Stellen und 22 Prozent mehr Vermittlungen als vor einem Jahr gegeben. Dies zeigt, daß dort die Umstrukturierung der Wirtschaft in vollem Gange ist.

Die im März eingegangenen Stellenangebote lassen eine zukünftig steigende Vermittlungstätigkeit vermuten. Die consequente Konsolidierungs- und Sparpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zeigt damit erste Wirkung.

Blüm: Aufatmen

Die neuen Zahlen vom Arbeitsmarkt sind noch kein Grund zur Entwarnung. Aber sie sind Grund zum Aufatmen.

Denn in so schlechter Verfassung, wie oft gejamert wird, ist unsere Wirtschaft nicht. Die Exportaufträge wachsen. Manche Firma sucht schon wieder nach den Leuten, die sie vor einem Jahr entlassen hat.

In allen Branchen hat es moderate Tarifabschlüsse gegeben. Ich appelliere an die Unternehmer, das jetzt auf breiter Front zu Sicherung und Ausbau der Beschäftigung zu nutzen. Halten Sie ihre Belegschaft. Deren Erfahrung und Leistungsbereitschaft sind der Schlüssel zum Aufschwung.

Und: Es ist besser, neue Arbeitskräfte zunächst befristet einzustellen, als noch weiter unbefristet zu warten.

Übrigens: Auch Teilzeitarbeit ist besser als gar keine Arbeit. ■

Kommentar

Ein Frühjahrslicht

Frühjahr hin, Witterung her: Wer jetzt nach langem Suchen eine Arbeit findet, dem mag es egal sein, ob er die Wiederbeschäftigung einem unanschaulichen Saisoneffekt oder einer noch unanschaulicheren Wirtschaftserholung verdankt. Die gleichen Saisonwirkungen, die die Winterzahlen über die alarmierende Vier-Millionen-Marke getrieben hatten, bewirken nun — mit anderer Krafrichtung und umgekehrtem Vorzeichen — einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Dies mit Erleichterung hinzunehmen, bedeutet nicht unbedingt eine Verdrängung der realen Schwierigkeiten: Daß günstigere Witterung sich positiv in der Arbeitsmarktstatistik niederschlagen kann, liegt eben auch daran, daß die Konjunktur auf Erholung geschaltet hat. Die Zahlen zum Auftragseingang in der Industrie bestätigen diese Vermutung.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Die Steuerpläne der SPD: 7 174 DM mehr pro Jahr

SPD-Wahlprogramm: Beweis einer unseriösen Steuerpolitik. 130 Milliarden DM wollen die sozialdemokratischen Finanzchaoten nach dem Gießkannen-Prinzip ausschütten.

Wer soll das bezahlen?

● Facharbeiter und Angestellte

Facharbeiter und Angestellte sind nach den Vorstellungen der SPD die sogenannten „Besserverdienenden“. Völlig willkürlich wird die Bemessungsgrenze von 50.000 DM für Ledige und 100.000 DM für Verheiratete festgesetzt: Erst waren Bruttoeinkommen gemeint. Jetzt geht es um das zu versteuernde Einkommen.

Die Folge: Wer 4.700 DM brutto im Monat verdient, muß nach den SPD-Vorstellungen 1.209 DM Ergänzungsabgabe im Jahr bezahlen.

● Häuslebauer und Mieter

Mit der Forderung nach einer Vervielfachung der Einheitswerte trifft die „soziale“ SPD jeden Bürger. Wer ein Haus im Wert von 360.000 DM besitzt, müßte jährlich 4.000 DM mehr Grundsteuern bezahlen. Auch Mieter werden nicht verschont, denn sie werden höhere Nebenkosten zahlen müssen.

● Autofahrer

Die SPD-Wunschvorstellung von einer Erhöhung der Mineralölsteuer um mindestens 20 Pfennig würde jeden Autofahrer im Durchschnitt 690 DM pro Jahr kosten.

Das trifft besonders die Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen, die für ihre Berufstätigkeit auf ein Auto angewiesen sind.

Und es soll noch schlimmer kommen: Inzwischen wird von der SPD eine Erhöhung um 30 Pfennig pro Jahr und Liter gefordert.

● Sparer

Die SPD will an die Sparbücher. Mit der Aufhebung des Bankgeheimnisses sollen die Konten auch der kleinen Leute kontrolliert werden können. Dies ist nur die Vorstufe für drastische Steuererhöhungen auf Vermögen!

● Erben

Wer erbt, würde ebenfalls kräftig zur Kasse gebeten. Beispiel: Ein Ehepartner stirbt, der andere erbt das gemeinsame Haus (Einheitswert: 90.000 DM). Bisher mußte der Hinterbliebene nichts bezahlen, nach SPD-Vorstellungen sollen 1.275 DM Erbschaftssteuer fällig werden.

So greift die SPD

dem Bürger in die Tasche:

Ergänzungsabgabe: 1 209 DM

Mineralölsteuer: 690 DM

Grundsteuer: 4 000 DM

Erbschaftssteuer

auf Häuser: 1 275 DM

Gesamt: 7 174 DM

Erfolge für die Städte

In diesen Tagen haben mehrere Oberbürgermeister deutscher Großstädte den Aufruf veröffentlicht: „Rettet unsere Städte jetzt!“ Die Situation in den Städten hat immer eine wichtige Signalwirkung für die gesamte Gesellschaft; denn in den großen Ballungszentren kündigt sich manche Entwicklung an, die später zahlreiche Bereiche in Staat und Volk erreicht.

Darum sind alle Verantwortlichen aufgerufen, die Situation in unseren großen Städten sehr sorgfältig zu prüfen. Im Blick auf die aufgezeigten Probleme sind viele Verantwortlichkeiten gegeben. Für die Bekämpfung der Kriminalität sind z. B. in besonderer Weise die Landespolizeien und die Justizbehörden der Länder zuständig. Hier ist manches geschehen, um Verbrechen zu bekämpfen, weiteres steht an.

Die CDU hat zahlreiche Initiativen ergriffen, um den Städten zu helfen. Als Erfolge guter Aktivitäten kann folgendes genannt werden:

● Asylrecht

Jahrelang hat die CDU sich für eine Änderung des Asylrechts eingesetzt, wie sie schließlich in wichtigen Bereichen erreicht werden konnte. Der inzwischen eingetretene Rückgang der Asylbewerberzahlen entlastet die Kommunen.

● Pflegeversicherung

Seit Jahren kämpft die CDU für die Einführung der Pflegeversicherung. Sie ist für die betroffenen Menschen notwendig und sie entlastet Städte, Gemeinden und Kreise in Milliardenhöhe. Endlich konnten im März 1994 alle Bemühungen zu

einem Erfolg kommen. Bei voller Wirksamkeit wird die Sozialhilfe zwischen 10 und 11 Mrd. DM jährlich entlastet.

● Solidarpakt Bundesländer

Beim Solidarpakt zwischen Bund und Ländern 1993 haben die Länder gut abgeschnitten. U. a. erhielten sie einen erheblich höheren Teil an der Umsatzsteuer. Der Länderanteil an der Umsatzsteuer wird ab 1995 um 7 Punkte auf 44 v. H. aufgestockt, es sind zusätzlich 16,8 Mrd.

Von Horst Waffenschmidt, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU

DM für die Länder hinzugekommen. Dazu kommen weitere Bundeszuweisungen. Die Bundes-KPV hat immer wieder in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß die Länder das Geld auch für die Gemeinden bekommen haben. Die Länder müssen davon an die Kommunen weitergeben.

● Kommunalbeteiligung an der Umsatzsteuer

Die CDU setzt sich ständig ein für die Verstärkung der kommunalen Steuereinnahmen. Darum hat sie unterstützt, daß nunmehr eine unmittelbare Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer geprüft wird, um eventuelle Erleichterungen bei der Gewerbesteuer auszugleichen. Inzwischen hat eine entsprechende Arbeitsgruppe mit Beauftragten der Kommunalen Spitzenverbände bei

Finanzminister Waigel die Arbeit aufgenommen.

● **Regionalausschuß Europa**

Durch nachhaltige Bemühungen der CDU, z. B. durch ein Treffen des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) und der Landesvorsitzenden der KPV mit Bundeskanzler Helmut Kohl wurde die kommunale Beteiligung am Regionalausschuß der Europäischen Union erreicht. Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich persönlich energisch in die entsprechenden Verfahren eingeschaltet und erreicht, daß künftig 3 Vertreter der 3 Kommunalen Spitzenverbände Deutschlands im Regionalausschuß der Europäischen Union mitarbeiten.

● **Initiativkreis Kommunal**

Aufgrund von Initiativen aus der Bundesregierung wurde im Bundesinnenministerium ein „Initiativkreis Kommunal“ 1993 eingerichtet. Hier beraten die Geschäfts-

führenden Präsidialmitglieder der Kommunalen Spitzenverbände regelmäßig mit Staatssekretären aus den kommunal bedeutsamen Ministerien über aktuelle Anliegen aus dem kommunalen Bereich. Es handelt sich um echte „Werkstattge-

Wahlkampf-Argumente



sprache“, um rechtzeitigen Informations- und Gedankenaustausch zu gewährleisten.

Aber nicht nur staatliche Stellen in Bund und Ländern sind aufgefordert, den Städten zu helfen, es geht um viele Verantwortlichkeiten der einzelnen Bürger und der Gesellschaft z. B. in Schule und Kirche, in Verein und Nachbarschaft.

Asylbewerberzahlen für den Monat März

Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge wurden im März 1994 12.181 Personen (Vormonat: 10.487) in der Geschäftsstatistik registriert.

Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vormonat um 1.694 Personen gestiegen, bleibt aber deutlich hinter der Zugangszahl für Januar 1994 (13.154 Personen) zurück. Der Anstieg gegenüber dem Vormonat dürfte im wesentlichen auf die Kürze des Monats Februar (rund 1/10 kürzerer Erfassungszeitraum im Februar gegenüber März) zurückzuführen sein.

Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres (März 1993: 43.731 Personen) ist die Zahl der Asylbewerber im März 1994 um 31.550 Personen (= 72,1 Prozent) zurückgegangen.

Rückgang um 69,7 Prozent

Im Zeitraum von Januar 1994 bis März 1994 haben 35.822 Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland Asyl beantragt. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (118.081 Personen) bedeutet dies einen Rückgang um 82.259 Personen (= 69,7 Prozent).

Verbraucherschutz durch bestehende Regelungen für Babykost gewährleistet

Nach Ansicht des Bundesministeriums für Gesundheit muß Säuglingsnahrung frei von Rückständen an Pflanzenschutzmitteln sein. Das Ministerium hat deshalb eine extrem niedrige Höchstmenge von 0,01 Milligramm pro Kilogramm (entspricht 10 Mikrogramm) je Stoff bei Pflanzenschutz-, Schädlingsbekämpfungs- und Vorratsschutzmitteln in der Diätverordnung festgesetzt.

Praktisch bedeutet dies, daß dieser Wert in der Regel nur eingehalten werden kann, wenn auf die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln verzichtet wird. Die Forderung, daß Babynahrung nur aus Produkten hergestellt werden darf, die aus Betrieben stammen, die weder Pestizide noch mineralischen Stickstoff verwenden, ist in der Praxis bereits erfüllt. Andererseits berücksichtigt die Höchst-

menge, daß in der Umwelt noch langlebige Stoffe vorkommen können, deren Anwendung zwar verboten ist, die aber bei allen Anbauarten in Lebensmittel gelangen können.

Der Wert ist ein Vorsorgewert, dessen gelegentliche Überschreitung nicht zu einer Gefährdung der Gesundheit führt.

Um die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen zu überwachen, werden sowohl Hersteller als auch Handel seitens der amtlichen Lebensmittelüberwachung stichprobenartig kontrolliert. Die Durchführung der amtlichen Lebensmittelüberwachung ist Aufgabe der Bundesländer.

Dies entspricht den Anforderungen, die an eine praxisnahe Überwachung zu stellen sind. Nur dezentrale und ortsnahe Kontrollen ermöglichen schnellen und effizienten Verbraucherschutz.

„Daten-Autobahn“ soll Autofahrten überflüssig machen

Ein in Deutschland bislang einmaliges Hochgeschwindigkeitsnetz für Daten will die baden-württembergische Landesregierung im Südwesten aufbauen.

Für diese „Daten-Autobahn“ sollen nach einem Kabinettsbeschuß 42 Millionen Mark bereitgestellt werden, kündigte Wissenschaftsminister Klaus von Trotha an.

Die blitzschnelle Übermittlung von Signalen, beweglichen Bildern und Texten kann laut Trotha dazu beitragen, daß berufsbedingte Autofahrten überflüssig werden oder Ärzte noch

während einer Operation mit Kollegen an anderen Orten kommunizieren können.

Zur Zeit sind fast 20.000 Rechner in Baden-Württemberg zusammengeschlossen. Mit dem neuen Netz soll die örtlich vorhandene Übertragungsbandbreite landesweit ausgedehnt werden — von einzelnen Universitäten auf alle Hochschulen, andere Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen.

Nach den Plänen soll die bisherige Übertragungsleistung auf 155 Megabits pro Sekunde ausgebaut werden. Dies entsprechen 4.650 Textseiten pro Sekunde. In Deutschland bestünden derzeit nur lokale Hochgeschwindigkeitsnetze, hieß es.

Umweltausschuß setzt richtiges Zeichen bei Verpackungsrichtlinie

„Mit der Ablehnung einer Maximalquote für die Verwertung von Verpackungsabfällen hat der Umweltausschuß des Europäischen Parlaments das richtige umweltpolitische Zeichen für den Rat gesetzt und sich eindeutig gegen faule Kompromisse in der europäischen Verpackungsrichtlinie ausgesprochen.“ Der CDU-Europaabgeordnete Karl-Heinz Florenz hat die Abstimmung des Umweltausschusses begrüßt.

Florenz wies darauf hin, daß die europäischen Umweltminister sich in erster Lesung des Entwurfs einer europäischen Verpackungsrichtlinie darauf geeinigt hatten, daß nicht mehr als 45 Prozent der Verpackungsabfälle stofflich verwertet werden sollten (Recycling). Der Umweltausschuß habe sich jetzt mehrheitlich gegen diese Obergrenze ausgesprochen, die weder mit dem Unionsvertrag noch mit bereits bestehendem EG-Umweltrecht vereinbar sei.

Der Umweltausschuß beschloß statt dessen, daß mindestens 50 Prozent aller Verpackungen sowie 25 Prozent von Abfällen eines jeden Verpackungsmaterials stofflich verwertet werden müssen.

„Diese Verwertungsquoten stellen einen vernünftigen Kompromiß dar, und ich hoffe, daß dieser Kompromiß auch in der Plenarsitzung des Parlaments im Mai eine große Mehrheit finden wird“, stellte Florenz fest. Werden die Vorschläge des Umweltausschusses vom Plenum mit absoluter Mehrheit angenommen, dann wird der Richtlinienvorschlag in einem aus Vertretern des Ministerrats und des Europäischen Parlaments zusammengesetzten Vermittlungsausschuß weiterbehandelt.

Dieser Ausschuß ist durch den Maas-trichter Vertrag eingeführt worden und macht das Europäische Parlament zum Mitgesetzgeber mit dem Ministerrat im Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union.

Senioren als Technik-Nutzer stärker berücksichtigen

Bundesseniorenministerin Hannelore Rönsch hat Industrie und Handel aufgerufen, ältere Menschen als Nutzer von technischen Geräten stärker zu berücksichtigen.

Es sollte mehr Wert auf eine altengerechte und damit allgemein benutzerfreundliche Gestaltung auch bei alltäglichen Gebrauchsgegenständen gelegt werden, erklärte die Ministerin zum „Tag der älteren Generation“, der seit 1969 an jedem ersten Mittwoch im April begangen wird. Benutzer- und

Seniorenfreundlichkeit dürfe nicht nur bei Geräten der oberen Preisklasse eine Rolle spielen.

Rönsch verwies auf die Ergebnisse eines Forschungsprojekts, das im Auftrag ihres Ministeriums am Wissenschaftszentrum in Berlin durchgeführt wurde. Darin werde die hohe Bedeutung erkennbar, die Technik für eine selbständige Lebensführung älterer Menschen hat. Dies beginne nicht erst bei Hilfsmitteln, wichtig sei auch die alltägliche Technik.

Bundesministerin Hannelore Rönsch:

Familien und Kinderlose können die Zukunft unserer Gesellschaft nur gemeinsam sichern

Ohne Familien und ohne Kinder ist alles nichts. Ohne Familien und ohne Kinder hätten wir unsere Zukunft schon hinter uns. Eine gute Familienpolitik gehört deshalb genauso zur Zukunftssicherung für den Standort Deutschland wie eine kluge Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik.

Dabei ist es ein ganz normaler Vorgang, wenn über Zukunftsfragen intensiv gerungen wird. Warum sollte das in der Familienpolitik anders sein? Die große Resonanz auf meinen Vorschlag für einen Zukunftsbeitrag der Kinderlosen kann also kaum verwundern. Verzerrungen und Fehlinterpretationen versperrten allerdings manchem den Blick für das Wesentliche.

Von einer „Strafsteuer“ war nur in den Medien die Rede, nie aber in meinen Äußerungen. Es geht mir an gar keiner Stelle um Strafe für Kinderlose, sondern im Gegenteil um Solidarität in unserer Gesellschaft. Es geht darum, daß Familien und Kinderlose die Zukunft unserer Gesellschaft nur gemeinsam sichern können.

Ich respektiere selbstverständlich die freie Entscheidung jeden Paares, ob es Kinder haben will oder nicht. Ich möchte auch niemanden bestrafen, der Kinder will, aber keine bekommen kann. Eine andere Frage ist aber, ob Kinderlose nicht stärker an der Zukunftssicherung

für alle — und damit auch für sich selbst — beteiligt werden müssen. Dabei geht es ausschließlich darum, daß Kinderlose einen Zukunftsbeitrag in anderer Form erbringen, als ihn Eltern häufig unter großen Belastungen durch Geburt und Erziehung von Kindern leisten.

Alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben Vorteile davon, wenn Kinder später als Erwachsene erwerbstätig sind und so den Wohlstand und die Renten aller mit erwirtschaften. Kurz gesagt: Der Nutzen der Kinder ist für alle da. Die Kosten für Kinder tragen aber die Eltern fast allein.

Dieses Mißverhältnis werden wir schrittweise korrigieren müssen, weil anders als

Wir müssen die wirtschaftliche Benachteiligung von Familien abbauen.

früher Kinder heute nicht mehr automatisch zum Leben junger Paare dazugehören. Die Entscheidung für eine Familie wird immer mehr ganz bewußt getroffen, nachdem Paare die Vor- und Nachteile im Vergleich zu einem Leben ohne Kinder abgewogen haben.

Solange Familien erhebliche Nachteile im Kauf nehmen müssen, entscheiden sich junge Paare oft gegen Kinder oder für ein Kind, immer seltener aber für mehrere Kinder. Und dies, obwohl sie sich häufig

zu Beginn ihrer Ehe zwei oder mehr Kinder wünschen. Natürlich läßt sich dieser Widerspruch zwischen Wunsch und Wirklichkeit nicht allein mit Geld beheben, doch ohne größere finanzielle Hilfe wird es in vielen Fällen auch nicht gehen.

Wir haben in den vergangenen Jahren in der Familienpolitik eine Reihe von Verbesserungen durchgesetzt und die finanziellen Leistungen für Familien kontinuierlich ausgebaut. Wir haben zum Beispiel große neue Errungenschaften für die Familien eingeführt, die es zu sozial-liberalen Zeiten nicht einmal ansatzweise gab: Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rente.

Gleichwohl können und dürfen wir uns nicht mit dem Erreichten zufriedengeben, denn damit würden wir der Situation vieler Familien nicht gerecht. Wer lauthals schreit, den Familien in Deutschland gehe es erbärmlich schlecht, übertreibt genauso maßlos wie der, der meint, es stehe bei den Familien alles zum Besten und die Politiker könnten sich ruhig zurücklehnen.

Gerade bei niedrigen Einkommen oder mehreren Kindern fallen die Ausgaben für Kinder so stark ins Gewicht, daß nicht mehr viel in der Haushaltskasse übrig bleibt. Diese Familien haben deshalb eine zusätzliche Förderung durch ein deutlich höheres Kindergeld unbedingt nötig. Wir dürfen nicht zulassen,

daß einkommensschwächere und kinderreiche Familien von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt werden.

Wie der von mir angestrebte Ausbau der Familienförderung im einzelnen finanziert werden kann, müssen wir noch sehr genau durchrechnen und abwägen. Ich klebe nicht an den Details meines Diskussionsbeitrages. Aber eines steht nach allem, was familien- und finanzpolitische Fachleute zu Bedenken geben, fest: Umschichtungen innerhalb des heutigen Bundeshaushalts reichen für eine weitere spürbare Verbesserung der Familienförderung leider nicht aus.

Partei der Familie

Um zu größerer Gerechtigkeit zu kommen, müssen wir die Familienförderung weiter ausbauen und die wirtschaftliche Benachteiligung von Familien gegenüber Kinderlosen abbauen. Das hat uns nicht nur das Verfassungsgericht aufgegeben, sondern dazu fühlen sich alle Familienpolitiker der CDU verpflichtet.

Die CDU ist und bleibt die Partei der Familie. Wer uns vorwirft, wir hätten in den vergangenen Jahren noch viel mehr tun können, verkennt die finanzpolitische Lage. Was möglich war, haben wir getan. Und was in den nächsten Jahren möglich wird, werden wir ebenso entschlossen in Angriff nehmen. Die Familien in Deutschland können auf diese Bundesregierung zählen.

Spendenbereitschaft der Deutschen ungebrochen

Nach Angaben des Deutschen Instituts für Soziale Fragen in Berlin haben die Bundesbürger — wie im Vorjahr — auch 1993 wieder 4,1 Mrd. DM für humanitär-karitative Aufgaben gespendet. In dieser Summe sind private Spenden für religiöse, wissenschaftliche und kulturelle Zwecke noch nicht enthalten. Dieses Spendenaufkommen zeigt, daß die Bereitschaft der Menschen in unserem Lande zur Hilfe und Unterstützung Bedürftiger trotz der konjunkturell schwierigen Situation nicht nachgelassen hat.

Schüler Union fordert „Medienerziehung“

Die Schüler Union Deutschlands fordert die Berücksichtigung von „Medienerziehung“ im Rahmen des Schulunterrichts.

Gerade angesichts der zunehmenden Vielfalt von zusätzlichen privaten Anbietern in Hörfunk und Fernsehen muß auf die doch mitunter sehr unterschiedlichen Berichterstattungen der einzelnen Anstalten im Rahmen des Schulunterrichts eingegangen werden.

So wie schon seit längerer Zeit die Schüler in verschiedenen Klassenstufen mit dem Thema „Werbung“ und den verschiedenen Berichterstattungen unterschiedlicher Printmedien zu einem bestimmten Ereignis konfrontiert werden, muß dies auch analog für die elektronischen Medien geschehen. Die Schüler müssen auf die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen verschiedener Sender im Nachrichtenbereich aufmerksam gemacht werden.

„Getreu dem Motto only bad news are

good news versuchen vor allem viele kleinere Anstalten ihre Einschaltquoten mit rein sensationsorientierter Berichterstattung zu steigern“, so Marcus Ostermann, Bundessprecher der Schüler Union.

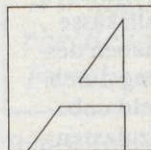
Daher setzt sich die Schüler Union dafür ein, daß zukünftig schon recht früh in der Schule damit begonnen wird, die Schüler für den unterschiedlichen Informationsgehalt von Sendebiträgen zu sensibilisieren. Dies bietet sich auf verschiedene Arten in den Klassenstufen 6 und 10 im Rahmen des Deutschunterrichtes an.

Darüber hinaus erscheint es der Schüler Union auch wichtig, daß angesichts des bedauerlichen steigenden Fernsehkonsums von Jugendlichen und der ständigen Gewaltzunahme im Programm eine Medienerziehung u.a. die Bewußtseinsbildung für die Unterscheidung unterschiedlicher Sendebiträge beinhaltet. Es muß auf die verschiedene Qualität aufmerksam gemacht werden, so daß die Schüler ihre Fernsehgewohnheiten kritisch überdenken können.

Neue kommunalwissenschaftliche Studien

Drei aktuelle kommunalwissenschaftliche Studien hat die Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlicht. Es handelt sich um die Bände

- Wohnraum schaffen: Elemente eines Aktionsprogramms, von Hans Pflaumer und Henning Walcha (Hrsg.) (Interne Studien und Berichte Nr. 75/1994),
- Entwicklungsperspektiven für die ehemalige 5 km-Sperrzone im sächsischen Vogtland, ein Gutachten von Professor Dr. Jörg Maier (Interne Studien und Berichte Nr. 67/1994) und
- Euroregion Neisse — Nisa — Nysa



**Konrad
-Adenauer-
Stiftung**

— Möglichkeiten grenzüberschreiten-der kommunaler Zusammenarbeit, von Henning Walcha (Hrsg.) (Interne Studien und Berichte Nr. 69/1994).

Die drei Studien können im Publikationsreferat des Bereichs Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung unter der Fax-Nr.: 0 22 41/2 46-6 32 bestellt werden.

Schritte auf dem Weg zum Frieden

Zum 24. Bonner Theologischen Gespräch hatte der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU am 11. April Günter Brakelmann, Professor für Christliche Sozialethik an der Universität Bochum, eingeladen.

Unter der Überschrift: „Schritte auf dem Weg zum Frieden“ versuchte er, Orientierungspunkte für eine neue Friedensethik und Friedenspolitik deutlich zu machen, wie sie kürzlich auch die EKD in einer Studie aufgezeigt hatte.

Vor über 70 teilnehmenden Gästen führte er u. a. aus: „Jede Friedenszeit ist zugleich immer Vorkriegszeit, da Ursachen zum Krieg immer vorhanden sind. Die Zeit als Friedenszeit zu erhalten, bedeutet, die in ihr liegenden möglichen Kriegsursachen zu identifizieren und sie durch zielgerichtetes politisches Handeln zu minimalisieren.“

Brakelmann betonte die Notwendigkeit permanenter Kriegsursachenforschung als Voraussetzung von Friedenspolitik. Friedenspolitik zu betreiben, aber mit der ständigen Möglichkeit von gewalttätigen Auseinandersetzungen gleichzeitig zu rechnen, ist dabei ein grundsätzlich nicht aufhebbares Dilemma.

Kriegsursachen bekämpfen

Seiner Meinung nach muß Friedenspolitik auch moralisch legitim sein. „Grundsätzlich sollte gelten: man kann eine politisch-militärische Sicherheitspolitik nur akzeptieren, wenn sie als Voraussetzung und Begleitung gesehen wird, einen gezielten konsequenten Kampf gegen erkannte und auch offen benannte Kriegsursachen zu führen. Es muß der Satz gelten: die praktische Politik hat die Aufgabe, die ökonomischen, sozialen und politischen Voraussetzungen für besseren Frieden zu schaffen. Solche Politik hat Verhältnisse zu erwirken, die des Mittels der Kriege zur Lösung von Konflikten immer weniger bedürfen.“

Neugliederung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt

Der Landesverband in Sachsen-Anhalt ist im Zuge der Kreisgebietsreform neu strukturiert worden. Diese Neuregelung ist bereits vor Inkrafttreten der Kreisgebietsreform am 1. Juli 1994 abgeschlossen worden.

An den Wahlen zur Neugliederung der Kreisverbände haben sich 25 Prozent, das heißt über 4.000 Mitglieder, beteiligt.

In Zukunft wird es 24 Kreisverbände geben, die folgende Namen tragen: Anhalt-Zerbst, Aschersleben-Staßfurt, Bernburg, Bitterfeld, Bördekreis, Bur-

genlandkreis, Dessau, Halberstadt, Halle, Jerichower Land, Köthen, Magdeburg, Mansfelder Land, Merseburg-Querfurt, Ohre-Kreis, Östliche Altmark, Quedlinburg, Saalkreis, Sangerhausen, Schönebeck, Weißenfels, Wernigerode, Westliche Altmark, Wittenberg.

Mit 1625 Mitgliedern (Stand per 31. 12. 1993) ist der Kreisverband „Westliche Altmark“ zur Zeit der größte CDU-Verband. Insgesamt hat die CDU Sachsen-Anhalt in ihren Kreisverbänden zur Zeit 16.595 Mitglieder.

FAMILIE

**Mehr für Kinder
mehr für Familien
und Alleinerziehende**

SOZIALES NETZ

**Der deutsche Sozialstaat:
Eine Leistung
der CDU**

LEBEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

**Wir sind an Ihrer Seite
Informationen für Deutsche
aus Osteuropa**

**SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU**

**SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU**

**SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU**

● **Der deutsche Sozialstaat —
eine Leistung der CDU**

Durch die Leistung der CDU wurde ein auf dieser Welt einzigartiger Sozialstaat aufgebaut, der die Solidarität der Starken mit den Schwächeren sowie die Solidarität der Generationen untereinander fördert.

Heute gilt es, neue sozialpolitische Herausforderungen der nächsten Jahre zu meistern, damit die soziale Sicherheit auch in Zukunft für die wirklich Hilfsbedürftigen gewährleistet ist.

Bestell-Nr.: 2798

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 19,— DM

● **Wir sind an Ihrer Seite —
Informationen für Deutsche
aus Osteuropa**

Dieses Falblatt hilft Ihnen bei der Ansprache Deutscher aus Osteuropa. Es zeigt, welche Leistungen die CDU-geführte Regierung seit 1982 für Aussiedler erbracht hat, welche Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen für Aussiedler zur Verfügung stehen, und zeigt auch, daß Aussiedler bei uns willkommen sind. Darüber hinaus enthält diese Falblatt eine Aufstellung nützlicher Adressen.

Bestell-Nr.: 2837

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 19,— DM

EUROPAWAHL '94 - WAHLRECHT FÜR AUSLÄNDISCHE EU-BÜRGER IN DEUTSCHLAND

Sind Sie Staatsbürger eines Mitgliedslandes der Europäischen Union?

Haben Sie seit mindestens drei Monaten Ihren festen Wohnsitz in Deutschland gemeldet?

Sind Sie über 18 Jahre alt?

Wenn Sie alle drei Fragen mit „Ja“ beantworten, dann können Sie jetzt frei wählen, wo Sie Ihre Stimme zur Europawahl abgeben.

Der Vertrag von Maastricht berechtigt in Art. 8 Abs. 2 alle Unionsbürger zur Stimmabgabe an ihrem momentanen Hauptwohnsitz. Sollten Sie also seit mindestens drei Monaten Ihren Wohnsitz in Deutschland gemeldet haben, dann können Sie sich in Deutschland an den Wahlen zum Europäischen Parlament beteiligen.



Haben Sie sich entschieden, in Deutschland zu wählen, dann

- behalten Sie auch weiterhin das Wahlrecht für nationale Wahlen in Ihrem Herkunftsland
- müssen Sie sich bis spätestens 9. Mai 1994 ins Wählerverzeichnis Ihrer Gemeinde eintragen
- sollten Sie am 12. Juni Ihre Stimme dem Kandidaten der CDU geben!

CDU - eine verlässliche Partei für alle Europäer

SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

Mehr für Kinder — mehr für Familien und Alleinerziehende. Taten statt Worte!

... ist Motto der Familienpolitik der CDU, denn eine Gesellschaft ohne Familie hat keine Zukunft. Deshalb hat die CDU Schritt für Schritt die Leistungen für Familien und Alleinerziehende enorm verbessert, indem sie z. B. das Erziehungsgeld und den Erziehungsurlaub eingeführt sowie Kindergeld und Kinderfreibetrag erhöht hat.

Bestell-Nr.: **2806**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 500 Expl.: 19,— DM

Themen-Flugblätter

- 1815** Für ein starkes Deutschland in einem starken Europa
- 1816** Senioren — Generationen haben unseren Wohlstand aufgebaut. Wir sichern Ihren Lebensabend
- 1817** Standort Deutschland — Nur Helmut Kohl und die CDU schaffen den neuen Aufschwung im Herzen Europas.
- 1841** Wahlrecht für ausländische EU-Bürger in Deutschland

Verpackungseinheit: 500 Expl.
Preis je 500 Expl.: 38,— DM

Faltblätter

- 2798** Der deutsche Sozialstaat: Eine Leistung der CDU
- 2799** Gesundheit sichern — Eigenverantwortung fördern
- 2800** Frieden und Sicherheit
- 2801** Für ein starkes Deutschland in einem starken Europa
- 2802** Generationen haben unseren Wohlstand aufgebaut. Wir sichern ihren Lebensabend.
- 2803** Neues Wachstum — Neue Arbeitsplätze
- 2804** Sichere Renten — heute und in Zukunft
- 2805** Wir packen's an: Beschäftigung sichern — neue Arbeitsplätze schaffen
- 2806** Mehr für Kinder — mehr für Familien und Alleinerziehende
- 2826** Gefahr für unser Land. Was Rot-Grün mit Deutschland vorhat
- 2837** Wir sind an Ihrer Seite. Informationen für Deutsche aus Osteuropa

Bestellschein

CDU-Pavillon

--	--	--	--

Kreisverbands-Nr.

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Information
Herrn Geiser
Friedrich-Ebert-Allee 73-75

53113 Bonn

Telefax: 0228/ 544-341

Ja, ich bestelle

.....Expl.

CDU-Pavillon

Größe: 3 x 3m, incl. 1 Seitenteil zum Preis
von DM 180,-- zzgl. MwSt. und Versand

.....
Datum, Unterschrift

Neu im Angebot: CDU-Pavillon

Rechtzeitig zu Beginn der Campingzeit können Sie diesen CDU-Pavillon in den Maßen 3 x 3 m über die CDU-Bundesgeschäftsstelle bestellen. Der Pavillon besteht aus weißem Stahlrohrgestell, das in wenigen Minuten durch einfache Steckverbindungen aufgebaut werden kann. Die weiße Zeltplane aus Polyäthylen ist UV-beständig, abwaschbar und serienmäßig mit dem Schriftzug CDU auf drei Seiten des Pavillons bedruckt. Zusätzlich enthält jeder Pavillon ein weißes Seitenteil, das Sie wahlweise an einer der vier Seiten einbauen können. Sofern Sie die Standfestigkeit des Pavillons erhöhen möchten, können Sie die Standbeine in herkömmliche Füllständer stellen, die jedoch nicht zum Lieferumfang gehören. Bestellungen zum Preis von 180,— DM zzgl. MwSt. und Versand bitte nur mit dem abgebildeten Bestellschein an die CDU-



Bundesgeschäftsstelle. Die Auslieferung der Pavillons erfolgt in der ersten Mai-Woche.

**Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21**



Die beiden Sonnenschirme (Bestell-Nummern 0451 mit dem Europa-Motiv und 0458 — rechte Abbildung — erhalten Sie für je 75,— Mark (Verpackungseinheit: 1 Schirm). Der dazu passende Sonnenschirm-Füllständer (Farbe Weiß), Bestell-Nr. 0459 kostet pro Exemplar 12,80 DM.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



● **Canvassing-stand**

(Recyclingprodukt aus Getränkeverpackungsmaterial).

Bestell-Nr.: 0451

Verpackungseinheit: 1 Stand

Preis je Stand:

182,— DM

● **Fahrradschlüssel „Strickliesels Töchter“**

Frauen von heute können nicht nur mit der Strickliesel umgehen, sondern auch Reparaturen am Fahrrad erledigen. Auf der Rückseite des abgebildeten Karton-Anhängers finden Sie weitere Informationen der Frauen-Union.

Bestell-Nr.: 9808

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 25,— DM.



UID

12/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.